SPONSOREN

Verzockt

Der neue DFB-Ausrüstervertrag mit Adidas bedeutet einen Verzicht auf rund 300 Millionen Euro. Hat sich Präsident Theo Zwanziger dabei etwas gedacht?

CLEMENS BILAN / DDP

Adidas-Chef Herbert Hainer, DFB-Präsident Zwanziger*: *„Hohe Risiken“*

Theo Zwanziger nahm Abschied vom großen Geld, auf einer Faxseite an „Mr President Denson“, den Markenchef Charlie Denson bei der Firma Nike im amerikanischen Beaverton, Oregon. Dankend lehnte Deutschlands oberster Fußballfunktionär am Sonntag vor einer Woche das „großzügige Angebot“ des US-Konzerns ab und bot seinerseits für den Fall, dass Denson etwaige Probleme bekäme, „ein offenes Ohr“.

Mit dem Papier zog Zwanziger den Schlussstrich unter ein zehn Monate währendes Gezerre um das Recht, die Nationalmannschaft auszurüsten. 500 Millionen Euro, die Nike für einen Vertrag über acht Jahre von 2011 an offeriert hatte, wurden so in den Wind geschrieben, der Traditionspartner Adidas zahlt dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) nun für den gleichen Zeitraum weniger als 200 Millionen.

Ein Schiedsgericht und ein Heer von Anwälten waren dafür beschäftigt worden, Funktionäre aus der Bundesliga warnten, es könnte wegen Untreue ermittelt werden. Am Freitag fuhr DFB-Chef Zwanziger vorsorglich selbst zur Frankfurter Staatsanwaltschaft, um zu erkunden, ob die Behörde einen Anfangsverdacht sehe.

Auch wenn Staatsanwalt Hubert Harth von Amts wegen nicht ermittelt und die Streithähne von DFB und Ligaverband sich einstweilen versöhnten: Es bleiben Unbehagen und Zweifel, zumindest am Verhandlungsgeschick der DFB-Spitze.

Schon vor einem Jahr hatte sich Zwanziger, ein Jurist aus dem Westerwald, vom langjährigen Partner aus Herzogenaurach offenbar überrumpeln lassen. Damals, kurz nach der WM, hatten Nationalspieler mit einem Länderspiel-Boykott gedroht für den Fall, dass sie weiter in den Schuhen des Ausrüsters Adidas spielen müssten. Die Spieler kassierten, sofern sie einen Privatvertrag mit Konkurrent Nike besaßen, eine Prämie dafür, dass Adidas dem Druck nachgab und die Wahl des Schuhwerks freistellte. Der Firma Nike erwiesen sie aber einen Bärendienst.

Denn Adidas nutzte die Gelegenheit, sich das Marketinginstrument Nationalmannschaft im Gegenzug über das Vertragsende 2010 hinaus günstig zu sichern. Zunächst telefonisch, dann bei einem Treffen mit Zwanziger und Generalsekretär Horst R. Schmidt am 5. Oktober in Pegnitz, wo Zahlen besprochen wurden: „Die geltenden Konditionen“ sollten bis 2014 fortgeschrieben werden, also rund 11 Millionen Euro pro Jahr, im internationalen Vergleich inzwischen ein Spottpreis. Dann, am 27. Oktober, reichte Nike ein Angebot ein: rund 60 Millionen pro Jahr, von 2011 an.

Die DFB-Behauptung, von 2011 an ungebunden zu sein, wurde immer lauter vorgetragen, Zwanziger pries ein „exzellentes juristisches Gutachten“ und allerlei vermeintliche Beweise dafür, dass der Adidas-Kontrakt noch nicht verlängert worden sei. Bis zum 16. August. Da sah dies das Schiedsgericht „nach eingehender Vorberatung“ nicht so deutlich und regte an, „sich gütlich zu einigen“. Die Alternative, weitere Ermittlungen bis zur Beweisaufnahme beim ordentlichen Gericht, berge „für beide Parteien hohe Risiken“, so Obmann Willi Erdmann. Für den DFB hieß das: im Fall einer Niederlage bis 2014 bloß die elf Millionen im Jahr.

So unterschrieb der DFB, seltsam handzahm plötzlich, den Vergleich noch am selben Abend, nannte den Abschluss „aussichtsreiche Gespräche“ und peitschte ihn acht Tage später im Schweinsgalopp gegen den Widerstand der drei Liga-Vertreter durchs Präsidium: Adidas bekam wie in einer großen Umarmungsgeste aus schlechtem Gewissen das Ausrüsterrecht gleich bis 2018, für bis zu 25 Millionen jährlich. „Vielleicht“, sagt ein leitender Verbandsmann, „haben wir uns verzockt.“

Erst zwei Tage vor der Schiedsgerichtsverhandlung, „in der Vorbereitung auf den Termin“, will Zwanziger die Schwachstelle seiner Argumentation entdeckt haben. Die Adidas-Anwälte hatten sie kurz zuvor aus dem Internet gefischt: eine DFB-Pressemitteilung von 2002, die beweist, dass schon damals eine Vertragsverlängerung mit Adidas keiner Schriftform bedurfte. Nach 2002 war der neue Kontrakt ohne Unterschrift ein Jahr „gelebt“ worden, wie die Juristen sagen.

Zwanziger hätte vorher darauf kommen können. Anfang des Jahres schrieb der vom DFB beauftragte Mainzer Gutachter Mathias Habersack in einer Erwiderung, es lasse sich „nicht prognostizieren“, wie ein Schiedsgericht die leidige Schriftform-Frage beurteilen würde. In einem Zusatzgutachten für den DFB vom 5. März erinnerte auch der Mainzer Strafrechtler Volker Erb an diese Wertung, es herrsche „ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit“.

Erb hatte einen besonderen Auftrag bekommen. Damals schon sollte er für Zwanziger ausloten, ob der DFB-Spitze strafrechtliche Folgen drohen, falls sie sich mit Adidas einigt und ein deutlich höheres Konkurrenzangebot ausschlägt. Erb sah unter bestimmten Voraussetzungen „keine nennenswerten strafrechtlichen Bedenken“. Das Risiko werde minimiert durch einen „breiten Konsens“ bei der Entscheidung für einen Vergleich. Diesen Konsens jedoch gab es angesichts der Turbulenzen im DFB-Präsidium gerade nicht.

Für Zwanziger ist nun allein entscheidend, dass das Ergebnis „verantwortbar“ ist, und das sei es – „unter Berücksichtigung der komplizierten Rechtslage“. Vielleicht zu kompliziert für ihn. JÖRG KRAMER

* Bei der Bekanntgabe der Vertragsverlängerung am 27. August in Herzogenaurach.